

TÜRKEI NACHRICHTEN

NR. 67 - APRIL 2025



Friedrich
Ebert 
Stiftung

Retter oder Bedrohung?

Machtkämpfe in Syrien durch die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF)

Seit Beginn der Arabischen Aufstände im Jahr 2011 greift die Türkei mit militärischen und diplomatischen Mitteln in politische Prozesse im gesamten Nahen Osten und Nordafrika ein – von Irak bis Syrien, von der Palästinafrage bis Libyen. Für Ankara, das seinen Einfluss in diesem weitläufigen Gebiet ausbauen will, war einer der wichtigsten Wendepunkte der Ausbruch des Konflikts am 7. Oktober 2023, als die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) Angriffe auf israelische Siedlungen startete.

Der Krieg, der infolge dieses Angriffs zwischen Israel und der Hamas ausbrach, weitete sich mit dem Eingreifen der Hisbollah im Libanon weiter aus. Während von Iran unterstützte Gruppen schwere Verluste erlitten, unternahm die Türkei intensive diplomatische Anstrengungen, um sowohl eine aktive Rolle bei den Bemühungen zur Beendigung der Kämpfe zu spielen als auch als einer der führenden Akteure in der Palästinafrage anerkannt zu werden. In diesem Zuge unternahm Ankara auch Schritte wie eine Annäherung an die Regierung in Bagdad und die Einleitung eines Normalisierungsprozesses mit dem Assad-Regime.

Während die Konflikte im Gazastreifen und im Südlibanon eskalierten, schwächte sich der iranische Einfluss, der über

Organisationen wie die Hamas und die Hisbollah ausgeübt wurde, auch im Irak, in Syrien, im Libanon, in Israel und tiefer in der Region ab. Die Politik der Türkei in dieser Phase lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass sie bestrebt war, das Vakuum zu füllen, das durch den schwindenden Einfluss Irans in diesen Regionen sowie in diplomatischen Prozessen wie der Palästinafrage entstanden war.

Die zweite Chance nach dem Sturz Assads

Der seit Monaten schwindende regionale Einfluss Irans erlitt am 8. Dezember 2024 einen schweren Schlag, als das Assad-Regime gestürzt wurde. Für die Türkei, die von Beginn des Aufstands an Anti-Assad-Gruppen unterstützt hatte, stellte dies eine bedeutende Chance dar. Heyat Tahrir al-Schara (HTS), zu der die Türkei über Jahre hinweg direkte oder indirekte Kontakte unterhielt, und ihr Anführer Ahmad al-Schara übernahmen die Macht in Damaskus. Während Iran bis an seine eigenen Grenzen zurückgedrängt wurde, wuchs das von ihm hinterlassene Vakuum weiter an. Die Türkei intensivierte daraufhin ihre diplomatischen Bemühungen sowohl in Bezug auf Irak als auch Syrien. Eines der kritischsten Themen für die Türkei blieb jedoch die kurdische Frage in beiden Ländern.

Im Zentrum von Damaskus ist ein Hinweis auf einem Werbeplakat zu sehen, der das Tragen eines Schleiers für Frauen als verpflichtend darstellt und deren Verschleierung nach islamischen Vorschriften regelt.

Die Kurdenpolitik der Türkei als Staatsstrategie

Die Kurdenpolitik der Türkei lässt sich als eine staatliche Politik beschreiben, die unabhängig von den jeweils amtierenden Regierungen verfolgt wird. In diesem Zusammenhang hat die Türkei in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Krisen mit den Regierungen in Bagdad und Damaskus erlebt. Zwar konnte Ankara die Gründung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Irak nicht verhindern, doch entwickelte sie im Laufe der Jahre enge Beziehungen zur in Erbil ansässigen Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Die Beziehungen zur in Sulaimaniyya ansässigen Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die ebenfalls im Nordirak aktiv ist, blieben hingegen angespannt. Für die Türkei verschärfte sich die als „kurdische Bedrohung“ wahrgenommene Lage im Zuge des syrischen Aufstands noch weiter, da sich im Nordosten Syriens unter ursprünglich PKK-naher kurdischer Führung eine politische und militärische Struktur herausbildete.

Die Ära der vielschichtigen Eindämmung

Zwar pflegte die Türkei bereits gute Beziehungen zur KDP, musste jedoch die von Iran stark beeinflusste Regierung in Bagdad davon überzeugen, gemeinsam gegen die PKK und die PUK vorzugehen. In diesem Zusammenhang rückte das Projekt des „Trockenkorridors“ (Dry Canal) in den Vordergrund, das Handels- und Energieverbindungen vom Persischen Golf quer durch den Irak bis nach Europa über die Türkei vorsieht. Angesichts der wirtschaftlichen Krise zeigte sich die irakische Regierung diesem Projekt gegenüber sehr aufgeschlossen. Das Ziel der Türkei beschränkte sich jedoch nicht auf die Ausweitung ihres Einflusses im Irak; durch den Trockenkorridor sollte auch die PKK auf ein kleines Gebiet innerhalb des Irak beschränkt und ihre Verbindung nach Syrien unterbrochen werden.

Parallel dazu startete die Türkei mit dem grünen Licht der Vereinigten Staaten eine weitere Initiative: Die kurdisch geführten militärischen und politischen Strukturen in Syrien sollten dazu gedrängt werden, ihre Verbindungen zur PKK abzubrechen und sich der in Erbil ansässigen KDP anzunähern. Gleichzeitig intensivierte die Türkei ihre Bemühungen zur Umsetzung eines Prozesses, der als „Vier-Parteien-Mechanismus für regionale Zusammenarbeit“ bezeichnet wird – mit der Türkei, dem Irak, Syrien und Jordanien als beteiligten Ländern. Eines der Hauptprobleme, das Ankaras Initiativen gegenüber den syrischen Kurden verlangsamte oder behinderte, bestand darin, dass die SDF in Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen den Islamischen Staat in Irak und Syrien (ISIS) stand.



Die erste Version der SDF wurde von den Volksverteidigungseinheiten (YPG) gebildet, die aus syrisch-kurdischen Kämpfern bestanden. Die YPG, ideologisch mit der PKK verbunden und von ihr ausgebildet, wuchs rasch durch die Zusammenarbeit mit lokalen arabischen Stämmen und entwickelte sich mit der Beteiligung von Arabern, Armeniern, Assyrern und Turkmenen in den von der Autonomen Verwaltung im Nordosten Syriens kontrollierten Gebieten zur SDF. Für die USA und die internationale Koalition war es entscheidend, den Kampf gegen radikale dschihadistische Gruppen entlang der syrisch-irakischen Grenze fortzusetzen – ein Großteil dieser Region befand sich unter der Kontrolle der SDF. Zudem bildete dieser Grenzabschnitt eine Schlüsselroute für die Lieferung von Waffen und anderem Material durch den Iran an die Hisbollah im Libanon und an die Hamas im Gazastreifen über Syrien.

Vor diesem Hintergrund intensivierte Ankara seine diplomatischen Bemühungen zur Einrichtung eines Vier-Parteien-Mechanismus, der es der Türkei, dem Irak, Syrien und Jordanien ermöglichen sollte, gemeinsam ihre Grenzen zu sichern. Man ging davon aus, dass ein solcher Mechanismus die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der USA mit der SDF zur Sicherung der syrisch-irakischen Grenze und der umliegenden Gebiete überflüssig machen würde. Sobald der SDF und der Autonomen Verwaltung die Trümpfe „Grenzsicherung“ und „Bekämpfung des Radikalismus“ entzogen wären, könnten diese Strukturen wohl nicht mehr lange bestehen und wären gezwungen, sich unter Bedingungen, die von der Türkei bestimmt würden, mit Damaskus zu einigen.

Der Imrali-Prozess im Schatten regionaler Dynamiken

Als Erweiterung von Ankaras Strategie der vielschichtigen Eindämmung gegen die – als Bedrohung wahrgenommenen – Kurden auf der Irak-Syrien-Achse und zur Vertiefung des eigenen regionalen Einflusses durch das Ausfüllen des vom Iran hinterlassenen Vakuums wurde der Imrali-Prozess eingeleitet. Während viele kurdische Politiker, darunter auch Selahattin Demirtaş, weiterhin infolge juristischer Verfahren, die als „zweifelhaft“ gelten, inhaftiert sind und

Damaskus – Die Hamidiye-Basarstraße, ein historischer Markt im Herzen der Altstadt.

weiterhin Haftbefehle gegen kurdische Bürgermeister und Politiker ergehen, bleibt die innenpolitische Dimension der sogenannten „Öffnung“ oder des „Imrali-Prozesses“ innerhalb der Türkei ungewiss.

Der Friedensprozess ist in der Türkei nach wie vor umstritten. Ankara besteht jedoch darauf, dass auch die Autonome Verwaltung im Norden Syriens sowie ihr militärischer Arm, die SDF – beide von der Türkei als PKK-nahe Strukturen eingestuft – einbezogen werden sollen.

Die Massaker an syrischen Alawiten im März 2025

Am 6. und 7. März 2025 kam es in Latakia und Tartus – Städten und ländlichen Gebieten an der syrischen Küste mit hoher alawitischer Bevölkerungsdichte – zu Angriffen auf Zivilisten aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit. Die 20.000 Mann starke bewaffnete Truppe der Übergangsregierung unter Präsident Ahmad al-Schara war nicht in der Lage, die Angriffe auf die Küstenstädte zu verhindern. Zwei Tage lang terrorisierten Zehntausende ausländische, syrische und arabische Dschihadisten, al-Qaida-nahe Elemente mit radikaler Ideologie sowie Gruppen mit Plünderungsmotiven die Städte Latakia und Tartus sowie das alawitisch geprägte Umland. Die Schwäche der Sicherheitskräfte der Al-Schara-Regierung ermutigte die an den Angriffen beteiligten bewaffneten Gruppen. Dies löste Diskussionen unter anderen religiösen Minderheiten und gemäßigten Sunniten aus, die fürchteten, solche Gruppen könnten auch in andere Städte eindringen – eine Welle der Angst breitete sich von den Küstenstädten bis in die Hauptstadt aus.

Das Ausbleiben jeglicher Bestrafung, gepaart mit einer Rhetorik, die Alawiten mit Assad und dem Baath-Regime gleichsetzte, verängstigte die Zivilbevölkerung zusätzlich und bestärkte die unkontrollierten bewaffneten Gruppen. Selbst in Damaskus vermieden viele Menschen, sich nach Sonnenuntergang im Freien aufzuhalten, und unterließen Reisen zwischen Städten. Die Angst vertiefte sich, als sich die Berichte über das Geschehen in den Küstenregionen verbreiteten.

Unterdessen hatte die Al-Schara-Regierung über Monate hinweg versucht, ausländische und radikale Dschihadisten sowie unkontrollierte bewaffnete Gruppen von den Stadtzentren fernzuhalten. Doch nach dem 6. und 7. März veränderte sich selbst in Damaskus das Profil der für Sicherheit zuständigen bewaffneten Kräfte: Sektierisches und diskriminierendes Verhalten nahm zu, und Vorfälle wie die Beschimpfung nicht fastender Menschen während des Ramadan als „Ungläubige“ häuften sich rapide.



Al-Schara und Abdi unterzeichnen das Abkommen

Inmitten dieser sich schnell ausbreitenden Atmosphäre der Angst wurde bekannt gegeben, dass ein Abkommen zwischen Al-Schara und dem SDF-Kommandeur Mazloum Abdi unterzeichnet worden war. Es ist offensichtlich, dass das acht Punkte umfassende Abkommen abgeschlossen wurde, bevor die Gespräche vollständig beendet und alle Artikel einvernehmlich geklärt waren. Der alleinige Grund für die Eile war die Präsenz unkontrollierter Gruppen – deren Zahl auf mehrere Hunderttausend geschätzt wird –, die nach dem Massaker vom 6. und 7. März nicht nur für die Zivilbevölkerung, sondern auch für die Al-Schara-Regierung eine Bedrohung darstellen.

Natürlich konnte sich die Türkei unmittelbar nach dem Massaker nicht offen gegen das Abkommen stellen – ein solcher Schritt hätte einen schweren Rückschlag bedeutet. Doch die Tatsache, dass Außenminister Hakan Fidan, begleitet vom Verteidigungsminister und dem Chef des MIT, unangekündigt nach Damaskus reiste, war ein deutliches Zeichen für Ankaras Unbehagen. Öffentliche Äußerungen syrischer Kurden, wonach das Abkommen einer „föderativen Regelung“ gleiche – trotz fehlenden Konsenses über dessen Inhalt –, heizten die Debatte zusätzlich an.

Sind die Gewalteskalationen ein Rückschlag für den Imrali-Prozess?

Auch wenn die Türkei die Autonome Verwaltung und die SDF in Nordsyrien als PKK-nahe Strukturen bezeichnet, ist offensichtlich, dass sich diese deutlich von der PKK im Irak unterscheiden. Besonders nach dem Massaker vom 6.–7. März, das gezielt alawitische Zivilisten in den Küstenstädten und Dörfern traf, wandelte sich die öffentliche Wahrnehmung dieser Strukturen auf eine Weise, die Ankara missfallen dürfte. Minderheiten und gemäßigte Sunniten in verschiedenen Städten des Landes fürchteten sich nun ebenfalls vor den radikalen und unkontrollierten Gruppen am Boden.

Ein Jugendlicher im christlich geprägten Altstadtviertel von Damaskus trägt in der Silvesternacht Kleidung in den Farben der neuen syrischen Flagge.

Zudem entfachte die neu verkündete Übergangsverfassung eine Debatte, wonach die Al-Schara-Regierung das Land mit einer sunnitisch-islamistischen Ideologie regieren wollte.

Inmitten dieser Ängste und der Diskussionen über zunehmenden religiösen Extremismus argumentieren viele Zivilisten, dass die SDF – bekannt für ihren pluralistischen, säkulareren Charakter und ihre guten Beziehungen zu Minderheiten und Frauen – sowohl die radikalen Strukturen am Boden eindämmen als auch die islamistische Tendenz in Damaskus abschwächen könnte. Viele meiner Quellen in Latakia und Tartus leben noch immer im Versteck und befürchten, dass jederzeit ein weiteres Massaker geschehen könnte.

Die Befürworter eines schnellen Einsatzes der SDF beschränken sich nicht auf Überlebende oder Augenzeugen des Küstenmassakers. Angesichts der Größe der unkontrollierten Gruppen vor Ort und der Schwäche des Sicherheitsapparats der neuen Regierung in Damaskus ist die Aussicht auf ein völliges Chaos im Falle eines Scheiterns des Al-Shara-Abdi-Abkommens eine reale Möglichkeit. In der Öffentlichkeit kursieren bereits erschreckende Szenarien über einen Zustand, in dem niemand mehr weiß, wer gegen wen kämpft, in dem es keine Strukturen mehr zum Schutz der Zivilbevölkerung gibt und jeder auf sich allein gestellt ist.

Die Wahrnehmung der SDF und der Autonomen Verwaltung als eine Art „Retter“ nach dem Massaker wird zweifellos die Verhandlungsposition der Kurden gegenüber Damaskus stärken. Allen Beteiligten – einschließlich der Kurden – ist jedoch bewusst, dass der Erfolg dieses Abkommens in hohem Maße von den weiteren Schritten der Türkei im syrischen Kontext abhängt.

Da Syrien am Rande eines beispiellosen Chaos steht, stellt sich die Frage: Wie wird sich die Türkei zum Abkommen zwischen Al-Schara und Abdi verhalten? Wird dieses Abkommen als Rückschlag für Ankaras multidimensionale Bemühungen der vergangenen Monate gewertet – oder wird eine neue Formel gefunden? Noch kennt niemand die Antwort. Sicher ist nur: Seit dem 6. März breiten sich die Wellen der Angst innerhalb Syriens weiter aus.

Über die Autorin

Hediye Levent begann ihre journalistische Laufbahn 2003 und arbeitete ab 2008 als Damaskus-Korrespondentin der staatlichen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı. Seit 2011 berichtet sie als freie Journalistin aus Syrien, dem Irak und dem Libanon für verschiedene Medien. Am 9. Dezember, einen Tag nach dem Sturz der Assad-Regierung, reiste sie erneut nach Syrien und berichtete drei Monate lang aus Städten wie Damaskus, Latakia, Tartus, Homs und Sweida über die eskalierende Lage vor Ort.



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung - Türkei Büro
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. No: 12 D:4
Beşiktaş - Istanbul
info.tr@fes.de

Verantwortlich

Tina Blohm, Landesvertreterin

Autorin

Hediye Levent

Redaktion

Tamer İlbuğa, Mert Onur
tamer.ilbuga@fes.de

Bildnachweis

Seiten 2, 3 und 4: Hediye Levent, 2025

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

April 2025
© FES Türkei

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➔ www.fes.de/publikationen